

## **Antrag**

### **der Fraktion der FDP/DVP**

#### **Bedarf für G8 und G9 ermitteln**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. zu berichten,
  1. welche Haltung die grün-schwarze Landesregierung in der G8/G9-Problematik einnimmt;
  2. inwieweit die Landesregierung der Auffassung ist, dass mit der von der grün-roten Vorgängerregierung geschaffenen Möglichkeit einer Rückkehr zu G9 an nur jeweils einem Gymnasium pro Landkreis eine gerechte und befriedigende Lösung gefunden wurde beziehungsweise aus welchen Gründen die Landesregierung den „Schulversuch G9“ verlängert hat, auf dessen Grundlage diese partielle Rückkehr zu G9 erfolgt;
  3. über welche Zahl an Eingangsklassen die Gymnasien im Schuljahr 2019/2020 landesweit im Durchschnitt verfügen, wie sich dies bei den G9-Gymnasien verhält und wie viele Schülerinnen und Schüler wegen fehlender Kapazitäten von G9-Gymnasien abgewiesen wurden;
  4. welche Erkenntnisse der Landesregierung über die Zahl der Schülerinnen und Schüler besitzt, die zum Schuljahr 2019/20 ein G9-Gymnasium besuchen wollten, deren Eltern jedoch aufgrund der zu großen Entfernung, der zu langen Wegstrecke oder der schlechten Erreichbarkeit der Schule auf eine Anmeldung dort verzichteten;
  5. welche Erkenntnisse die Landesregierung über die Nachfrage und den Bedarf an acht- und an neunjährigen gymnasialen Bildungsgängen einschließlich der Beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen im Anschluss an die Mittlere Reife in Baden-Württemberg besitzt;
  6. wie sich die Landesregierung zur Forderung der Elterninitiative „G9 jetzt!“ stellt, eine Meinungsumfrage in Baden-Württemberg zur G8/G9-Frage durchzuführen (siehe Badische Neueste Nachrichten vom 12. Dezember 2019), beziehungsweise inwieweit sie diese Forderung aufgreifen will;
  7. inwieweit die Landesregierung die Nachfrage und den Bedarf an acht- und an neunjährigen gymnasialen Bildungsgängen in Baden-Württemberg erheben wird;
  8. wenn die Landesregierung keine Erhebung von Nachfrage und Bedarf an acht- und an neunjährigen gymnasialen Bildungsgängen durchführen wird, welche Gründe sie zu ihrer Entscheidung bewogen haben;
- II. eine fundierte Erhebung der Nachfrage und des Bedarfs an acht- und an neunjährigen gymnasialen Bildungsgängen einschließlich der Beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen im Anschluss an die Mittlere Reife in Baden-Württemberg durchzuführen.

15.01.2020

Dr. Rülke, Dr. Kern und Fraktion

### Begründung

Wie die Badischen Neuesten Nachrichten am 12.12.2019 berichteten, fordert die Elterninitiative „G9 jetzt!“ in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten, eine Meinungsumfrage in Baden-Württemberg zur G8/G9-Frage durchzuführen. Diese Forderung ist zweifellos als Hilferuf und dringender Appell zu verstehen, die bestehende ungerechte Situation bei den acht- und neunjährigen Bildungsangeboten der Gymnasien zu beenden. Aufgrund eines politischen Kompromisses erlaubte es die damalige grün-rote Landesregierung jeweils einem Gymnasium pro Landkreis, im Rahmen eines „Schulversuchs“ zu G9 zurückkehren. Da die Nachfrage nach neunjährigen Bildungsgängen das knapp gehaltene Angebot übersteigt, entstanden erhebliche Kapazitäts- und Gerechtigkeitsprobleme. Mancherorts wurden die raren G9-Plätze sogar schon verlost. Dennoch verlängerte die jetzige grün-schwarze Regierungskoalition den „Schulversuch G9“ und damit die ungute Situation, offensichtlich aufgrund der entgegengesetzten Positionen der Koalitionspartner. Die FDP/DVP Fraktion hält den geschaffenen Zustand jedoch nicht für tragbar und beantragt hiermit als ersten Schritt zu seiner Beendigung eine fundierte Erhebung der Nachfrage und des Bedarfs an acht- und an neunjährigen gymnasialen Bildungsgängen einschließlich der Beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen im Anschluss an die Mittlere Reife.

Was die G8/G9-Problematik angeht, tritt die FDP/DVP Fraktion für eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 zu gleichen Bedingungen ein. Bereits im Jahr 2013 haben wir einen entsprechenden Vorschlag als Ausweg aus dem Schlamassel in Baden-Württemberg unterbreitet und ihn Ende des Jahres 2019 in unserem Impulspapier „Kraftakt für eine erstklassige Bildung in Baden-Württemberg“ erneuert. Demnach sollen alle Gymnasien eine auskömmliche Personalausstattung auf der Basis einer einheitlichen Stundentafel erhalten. Gleichzeitig bekommen sie die Möglichkeit, die Wochenstunden der Stundentafel auf acht oder auf neun Jahre zu verteilen. Den mit zwölf zusätzlichen Lehrerwochenstunden pro Klassenzug privilegierten G9-Schulversuch wollen wir im Gegenzug dazu auslaufen lassen und die hierdurch freierwerdenden Wochenstunden auf alle Gymnasien verteilen. Dies macht mindestens eine zusätzliche Poolstunde pro Gymnasium aus, so dass sich der Stundenpool auf knapp 15 pro Klassenzug erhöht. Diese Poolstunden sollen die Gymnasien bis auf sechs Klassenleiterstunden auch für zusätzlichen Fachunterricht einsetzen können. Neben einem Schnellläufer-Weg zum Abitur in acht Jahren können die Gymnasien somit auch einen neunjährigen Bildungsgang anbieten, der unter anderem Schülerinnen und Schülern zugutekommt, die sich intensiv ihren Talenten und Interessen in Musik, Sport, Kirchen oder dem Ehrenamt widmen wollen. Darüber hinaus sollen auch die Gymnasien die Möglichkeit erhalten, wahlweise offene oder gebundene Ganztagschulen zu werden. Auch eine einseitige Rückkehr zu G9 ohne eine G8-Alternative lehnen wir ab. Nachdem sich die Schulen in zum Teil schwierigen Prozessen auf G8 eingestellt haben, würde das eine weitere Schulstrukturumwälzung bedeuten. Vielmehr muss eine weitere neunjährige Wahlalternative erhalten und gestärkt werden: Die Beruflichen Gymnasien, die einen dreijährigen Bildungsgang im Anschluss an die Mittlere Reife anbieten, sich einer seit Jahren großen Nachfrage bei den Schülern erfreuen und diese mit beachtlichem Erfolg zur Hochschulreife führen. Die Beruflichen Gymnasien gilt es so auszubauen, dass jeder Bewerber mit den entsprechenden Voraussetzungen einen Platz erhält – wenn möglich in der gewünschten Fachrichtung und dem gewünschten Profil.